



Wirtschaft wieder stark
machen

IHK-Unternehmensbarometer 2024

#GemeinsamEuropaGestalten

DIHK

Deutsche
Industrie- und Handelskammer

IHK

Deutsche
Industrie- und Handelskammern

Inhalt

Die wesentlichen Ergebnisse.....	3
Nutzen der EU für die Unternehmen.....	4
Der europäische Standort verliert an Attraktivität.....	7
Prioritäten, die nach den EU-Wahlen angegangen werden sollten.....	8
Bewertung der Auswirkung von EU-Initiativen.....	10
Statistischer Anhang.....	12
Fragebogen.....	15
Methodik.....	16

Impressum

Ansprechpartnerin in der DIHK:

Sandra Zwick
Zwick.Sandra@dihk.de
+32 2286-1638

© Deutsche Industrie- und Handelskammer (DIHK) | Berlin | Brüssel

Alle Rechte liegen beim Herausgeber. Ein Nachdruck – auch auszugsweise – ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Herausgebers gestattet.

Postanschrift: 11052 Berlin |
Hausanschrift: Breite Straße 29 | Berlin-Mitte
Telefon: 030 20308-0

DIHK Online

[Homepage](#) | [Facebook](#) | [X \(Twitter\)](#) | [LinkedIn](#) | [Instagram](#) | [Youtube](#)

Redaktion: Sandra Zwick

Grafik: Friedemann Encke, Sebastian Titze, DIHK

Stand: März 2024

Die wesentlichen Ergebnisse

Für deutsche Unternehmen ist die Europäische Union (EU) von großer wirtschaftlicher Bedeutung. Wichtig für ihre Geschäftsentwicklung sind die Stabilität, der gemeinsamen Währungsraum sowie der Zugang zu europäischen Märkten und die einheitlichen EU-Normen. Der Binnenmarkt, die gemeinsame Währung und die einheitlichen Regeln liefern konkreten Nutzen für die große Mehrheit der Betriebe. Allerdings sieht mehr die Hälfte der Unternehmen, dass die Wettbewerbsfähigkeit des Standort Europas in den letzten fünf Jahren abgenommen hat. Dringende Aufgaben für die Zeit nach den EU-Wahlen bestehen aus Sicht der Wirtschaft im Abbau von Bürokratie sowie die Sicherstellung einer europaweiten, bezahlbaren Energieversorgung, um Europas Wirtschaft wieder zu stärken.

Nutzen der EU aus Sicht der Unternehmen

- Die Unternehmen in Deutschland sehen die Stabilität des EU-Wirtschaftsraums als besonders wichtig an. 82 Prozent der Unternehmen ziehen laut Umfrage hieraus einen Nutzen. Gerade in einem schwieriger werdenden außenwirtschaftlichen Umfeld bildet die EU nach wie vor einen wichtigen Anker für Verlässlichkeit und Planbarkeit.
- Auch der Euro (Wegfall von Wechselkursrisiken: 76 Prozent) und der Zugang zum Binnenmarkt (Zugang zu europäischen Märkten: 66 Prozent) sind wichtige Faktoren für unternehmerischen Erfolg. Für die Unternehmen der Industriebranche (81 Prozent) ist zudem die gemeinsame Handelspolitik von großer Bedeutung.
- Am geringsten werden die Integrationsvorteile hinsichtlich verbesserter Finanzierungsmöglichkeiten eingestuft. Insbesondere der unvollendete Kapitalmarkt trägt dazu bei, dass nur rund ein Drittel der Unternehmen einen spürbaren Nutzen daraus ziehen (31 Prozent).

Der europäische Standort verliert an Attraktivität

- Trotz der zuvor genannten Vorteile des „Projekts Europa“, geben mehr als die Hälfte der Unternehmen (56 Prozent) über alle Branchen hinweg an, dass die Attraktivität des Unternehmensstandort Europas in den letzten fünf Jahren gesunken ist. Nur sieben Prozent sehen eine Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit.

Prioritäten, die nach den EU-Wahlen angegangen werden müssen und die Überprüfung von wettbewerbsfähigkeithemmenden EU-Initiativen

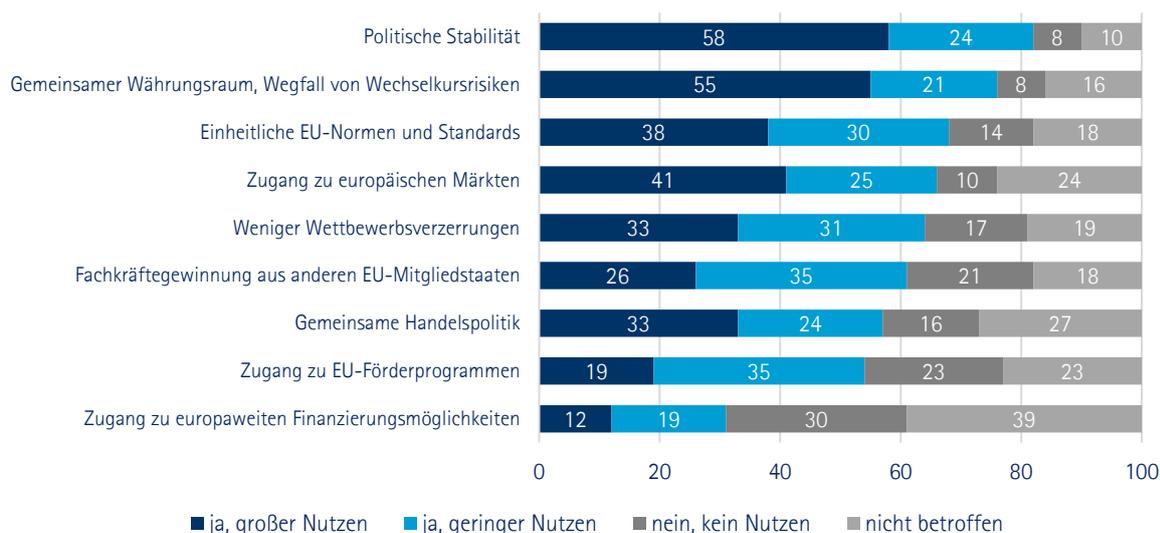
- Um die Wettbewerbsfähigkeit des Standort Europas zu verbessern, muss die EU laut der Unternehmen in erster Linie Bürokratie abbauen. 95 Prozent sehen dies als Priorität an. Dies bedeutet auch, dass die bisherigen europäischen Maßnahmen zur besseren Rechtsetzung, wie der KMU-Test oder das One-In-One-Out-Prinzip, ihren Zweck nicht ausreichend erfüllen und dort nachgebessert werden muss.
- Ein weiterer wichtiger Punkt für die deutschen Unternehmen ist die Sicherstellung einer bezahlbaren Energieversorgung (68 Prozent). Gerade im Hinblick auf den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine, gilt es eine stabile und bezahlbare europäische Energieversorgung zu gewährleisten.

Nutzen der EU für die Unternehmen

Die Stabilität des Wirtschaftsraum EU stellt für die Unternehmen in Deutschland den größten Nutzen im Hinblick auf die europäische Integration dar. Gerade mit Blick auf die Kriege in der Ukraine und im Nahen Osten sowie auf andere geopolitische Spannungen bleibt die EU ein wichtiger Anker. Der gemeinsame Währungsraum sowie der Binnenmarkt bringt aus Sicht der Betriebe großen Nutzen für ihre Geschäftstätigkeit. Für international tätige Betriebe fällt der wahrgenommene Nutzen der EU dabei noch höher aus - besonders beim Zugang zu europäischen Märkten und bei der gemeinsamen Handelspolitik. Am wenigsten Nutzen sehen die Unternehmen bei den EU-Förderprogrammen oder dem Zugang zu europaweiten Finanzierungsmöglichkeiten.

Zieht Ihr Unternehmen Nutzen aus einem der folgenden Aspekte der europäischen Integration?

Angaben in Prozent



EU als „sicherer Hafen“ im schwierigen weltpolitischen Umfeld

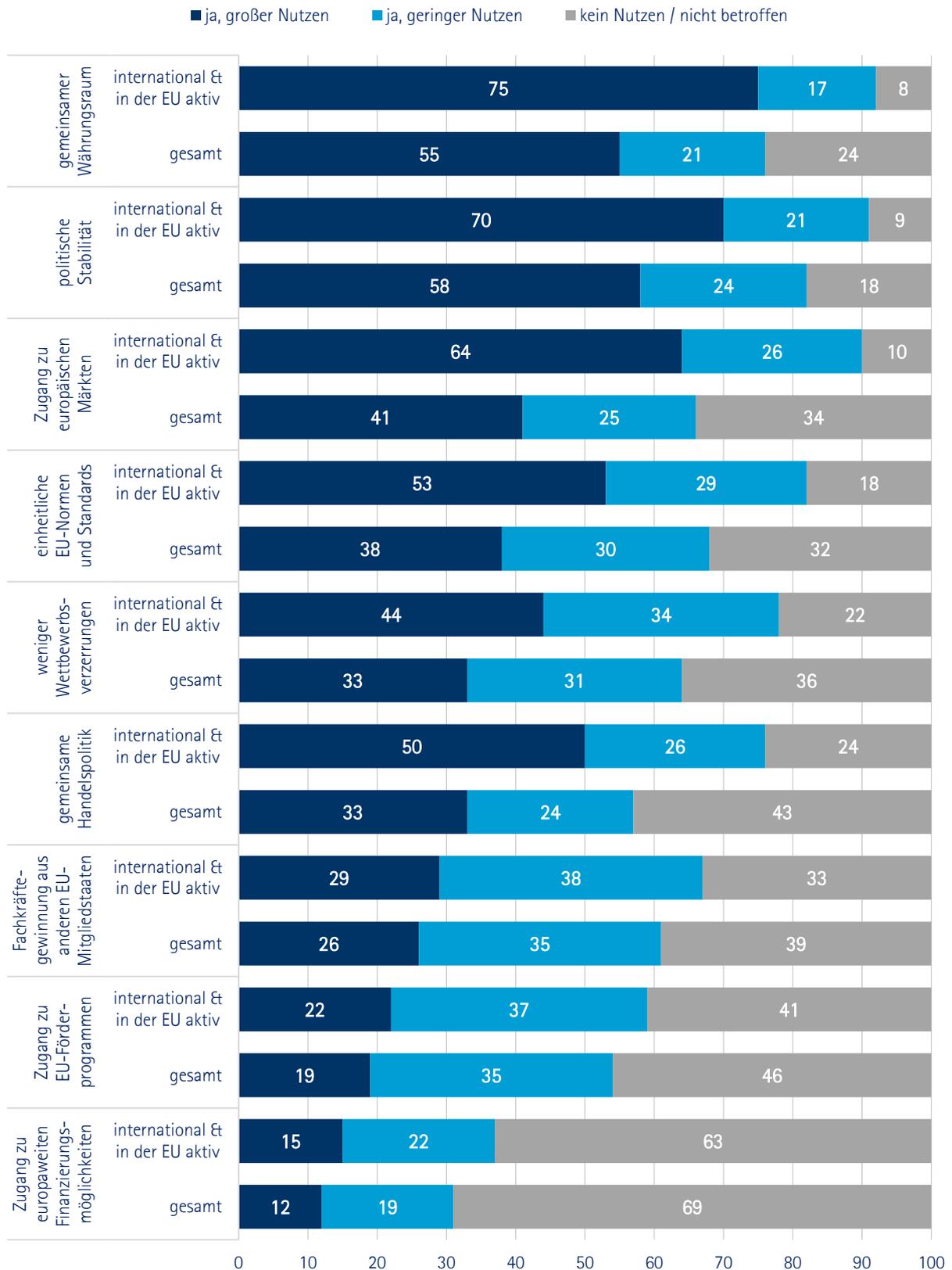
Die Unternehmen ziehen bei der europäischen Integration den größten Nutzen aus der politischen Stabilität, die die EU bietet. In der EU herrschen stabile wirtschaftliche Rahmenbedingungen. Das sorgt für Planungssicherheit im Geschäftsalltag. 82 Prozent der Befragten geben an, dass ihr Unternehmen einen Nutzen hieraus zieht - 58 Prozent einen großen Nutzen, 24 Prozent zumindest einen geringen. Bei den international aktiven Unternehmen sehen sogar sieben von zehn Betrieben (70 Prozent) einen großen Nutzen.

Vorzeigeprojekte in Form von Euro und Binnenmarkt

Der Mehrwert eines Europas des Austauschs von Waren und Dienstleistungen in einem gemeinsamen Markt mit gemeinsamer Währung zeigt sich deutlich: Den zweitgrößten Nutzen ziehen die Unternehmen aus dem gemeinsamen Währungsraum innerhalb der Eurozone und dem Wegfall von Wechselkursrisiken (großer Nutzen 55 Prozent; geringer Nutzen 21 Prozent). Besonders international aktive Unternehmen profitieren vom Euro. Hier bewerten drei Viertel der Unternehmen (75 Prozent) den Nutzen als groß.

Jeweils etwa zwei Drittel der Betriebe profitieren vom Zugang zu europäischen Märkten (65 Prozent) sowie von einheitlichen EU-Normen und Standards (68 Prozent). Noch deutlicher fällt das Votum bei den auslandsaktiven Unternehmen aus: Für 64 Prozent ist der Nutzen der Zugang zum Binnenmarkt groß (geringer Nutzen: 26 Prozent). 53 Prozent profitieren besonders von einheitlichen EU-Normen und Standards, weil sie Produkte und Leistungen nicht aufwändig für jedes EU-Land einzeln anpassen müssen. Das spart Kosten und Mühe.

Zieht Ihr Unternehmen Nutzen aus einem der folgenden Aspekte der europäischen Integration?
 (Angaben in Prozent, 1 = nicht betroffen, 2 = ja, großer Nutzen; 3 = ja, geringer Nutzen; 4 = nein, kein Nutzen)



Level Playing Field erforderlich

Der Auswahlmöglichkeit „Weniger Wettbewerbsverzerrungen“ ordnet jeweils ein Drittel der Unternehmen einen hohen (33 Prozent) oder zumindest einen geringen Nutzen (31 Prozent) zu. Bei den auslandsaktiven Unternehmen sehen knapp die Hälfte (44 Prozent) der Unternehmen einen großen Nutzen. Die Harmonisierung von Regelungen und Standards in der EU kann mit dazu beitragen, ein „Level Playing Field“ für Unternehmen zu schaffen. Harmonisierung des Rechts allein genügt jedoch nicht, um EU-weit gleiche Wettbewerbsbedingungen zu schaffen.

Europäische Fachkräfte gesucht

Der Fachkräftemangel stellt aus Sicht der deutschen Unternehmen eines der drei größten Risiken für ihre Geschäftsentwicklung dar.¹ Ein Element zur Bekämpfung des Fachkräftemangels sind Fachkräfte aus dem Ausland. Ein Viertel der Unternehmen (26 Prozent) ziehen mit Blick auf die Fachkräftegewinnung aus anderen EU-Mitgliedsstaaten einen hohen Nutzen aus der EU, ein Drittel immerhin noch einen geringen Nutzen (35 Prozent). Besonders deutlich profitiert dabei das Baugewerbe (39 Prozent großer Nutzen; 34 Prozent geringer Nutzen). Die Freiheiten, die der Binnenmarkt Unternehmen eröffnet, wie die Personenfreizügigkeit, ist ein wichtiger Faktor in diesem Zusammenhang. Dennoch bestehen Hürden im Hinblick auf mangelnde Sprachkenntnisse sowie fehlende vergleichbare duale Systeme der beruflichen Bildung in anderen EU-Staaten. Nicht zuletzt deshalb ziehen 21 Prozent der Unternehmen selbst keinen Nutzen aus der EU zur Rekrutierung.

Gemeinsame Handelspolitik

Die Hälfte der Unternehmen, die innerhalb der EU oder weltweit aktiv sind, ziehen einen großen Nutzen aus der gemeinsamen Handelspolitik. Ein weiteres gutes Viertel (26 Prozent) sieht zumindest noch einen geringen Nutzen. Bezogen auf alle Unternehmen sehen mehr als die Hälfte (57 Prozent) einen Mehrwert in der gemeinsamen Handelspolitik der Europäischen Union. Gleichzeitig bedeutet das, dass 43 Prozent sich nicht betroffen fühlen oder keinen Nutzen sehen. Eine knappe Hälfte (44 Prozent) der Importe aus EU-Drittstaaten stammen aus Ländern, mit denen es Abkommen gibt. Die EU gehört neben den USA und China zu den drei größten Wirtschaftsräumen der Welt. Aktuell sind bereits Handelsabkommen mit fast 80 Ländern in Kraft. Darüber hinaus werden weitere Abkommen ratifiziert, während Verhandlungen über neue Abkommen mit etwa 20 Ländern im Gange sind.

Förderung praxistauglich gestalten

Der Zugang zu EU-Förderprogrammen ist für viele Unternehmen weniger wichtig und nutzenstiftend. Weniger als jeder fünfte (19 Prozent) ziehen einen großen Nutzen daraus, 35 Prozent einen geringen Nutzen. Hingegen sehen 46 Prozent keinen Nutzen oder sehen sich nicht betroffen. Obwohl Unternehmen indirekt von den Investitions- und Strukturfonds der EU profitieren, beispielsweise durch eine verbesserte Infrastruktur und die Förderung der Wettbewerbsfähigkeit von Regionen, machen nur wenige deutsche Unternehmen tatsächlich von EU-Förderprogrammen Gebrauch. Dies liegt unter anderem an den komplexen Antragsverfahren, die es erschweren, die Mittel zu nutzen. Gleichzeitig können Unternehmens-Förderprogramme strukturelle Herausforderungen in der Breite nicht kompensieren.

Finanzplatz Europa – unterschiedliche Unternehmen benötigen unterschiedliche Finanzierungsoptionen!

Für den Großteil der Unternehmen spielt der Zugang zu europaweiten Finanzierungsmöglichkeiten nur eine untergeordnete Rolle. Nur jedes zehnte (zwölf Prozent) sieht einen großen Nutzen, jedes fünfte immerhin noch einen geringen Nutzen (19 Prozent). Ein Blick in die Größenklassen zeigt, dass es insbesondere Unternehmen mit 1.000 und mehr Beschäftigten sind, die die Möglichkeiten einer europaweiten Finanzierung für sich nutzen können (großer Nutzen: 30 Prozent; geringer Nutzen: 28 Prozent). Neben den Aktivitäten zu Kapitalmarktunion sollte sich die Regulierung daher auch wieder der Verbesserung der traditionellen Kreditfinanzierung des Mittelstands widmen.

¹ vgl. [DIHK Konjunkturumfrage Jahresbeginn 2024](#)

Der europäische Standort verliert an Attraktivität

Die große Mehrheit der Unternehmen zieht zwar Nutzen aus der EU. Gleichzeitig beobachtet jedoch auch eine Mehrheit der Betriebe eine Abnahme der Attraktivität der EU für die Wirtschaft. Nach Einschätzung von 56 Prozent der Unternehmen ist die Wettbewerbsfähigkeit der EU als Unternehmensstandort in den vergangenen fünf Jahren zurückgegangen. Lediglich sieben Prozent sehen eine Verbesserung seit 2019. In den wirtschaftlichen Hauptgruppen ist es die Industrie, die hier zu einer noch kritischeren Einschätzung kommt. Zwei Drittel (66 Prozent) sehen hier, dass die Attraktivität in den letzten fünf Jahren gesunken sei.

Wie hat sich die Attraktivität der EU als Unternehmensstandort in den letzten fünf Jahren entwickelt?

Angaben in Prozent



Die deutsche Wirtschaft steht sichtlich vor komplexen Herausforderungen. Unternehmen äußern verstärkt Kritik an der Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Deutschland sowie Europa aufgrund steigender Kosten, gerade im Bereich Energie, zunehmender Bürokratie und Handelshemmnissen. Unternehmen äußern sich in den Freitextantworten dazu wie folgt:

„Speziell in (...) [der] Branche Medizintechnik sollte sich der Standard für Produktzulassung an dem weltweit üblichen Standard orientieren. Momentan ist der Aufwand derart groß, dass es zu einschneidenden Nachteilen unserer Industrie führt und innovative Produktentwicklung bei der Patientenversorgung einschränkt.“

„Optimal wäre, wenn die Kommission und Parlament fünf Jahre bezahlten Urlaub nehmen und uns erst mal umsetzen lassen, was schon existiert. Selbst Entbürokratisierung nach EU-Methode schafft erfahrungsgemäß immer noch mehr Aufwand.“

(Freitextantworten von Unternehmen)

Prioritäten, die aus Sicht der Wirtschaft nach den EU-Wahlen angegangen werden sollten

Nach Einschätzung der Unternehmen ist der Abbau von Bürokratie mit Abstand die dringlichste Aufgabe für die neue EU-Kommission und das neue Europaparlament. Darauf folgt die Sicherung der Energieversorgung und der Schutz vor Angriffen, z. B. Cyberattacken. Auch die langfristige Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Europäischen Wirtschaft durch die Ausbildung qualifizierter Fachkräfte ist angesichts des Fachkräftemangels hierzulande ein prioritäres Anliegen.

Welche wirtschaftspolitischen Themen sollten auf EU-Ebene nach der Wahl prioritär angegangen werden?

Angaben in Prozent, Mehrfachauswahl möglich



Priorität 1: Bürokratieabbau

Eine überwältigende Mehrheit der Unternehmen von 95 Prozent sieht im Bürokratieabbau eine Aufgabe, die mit Nachdruck angegangen werden muss. Es ist das mit Abstand am häufigsten genannte Thema der Unternehmen. Auch in den Freitextantworten wurde der Themenkomplex Bürokratie zahlreich genannt.

„Bürokratie und die Bearbeitung von Berichtspflichten im Unternehmen verschlingen Zeit, Geld und andere wesentliche Ressourcen im Unternehmen. Die überbordende Bürokratie ist (...) der Hemmschuh – die Bremse für erfolgreiches unternehmerisches Handeln.“

(Freitextantwort eines Unternehmens)

Priorität 2: Energieversorgung sicherstellen

Die Energiekrise im Jahr 2022 hat die Sicherheit der europäischen Energieversorgung auf die Probe gestellt und verdeutlicht, dass eine bezahlbare, sichere Energieversorgung keine Selbstverständlichkeit ist. Zwei Drittel der Teilnehmenden des Barometers geben daher an, dass die Sicherstellung einer bezahlbaren Energieversorgung innerhalb Europas für sie an zweiter Stelle steht (68 Prozent). Bei den energieintensiven Industrie- und Baubranchen liegen die Werte sogar bei 76 bzw. 75 Prozent.

Priorität 3: Schutz der Unternehmen vor digitalen und analogen Angriffen

Die Gefahr von Cyberangriffen nimmt kontinuierlich zu.² Unternehmen jeglicher Größe und Branche sind betroffen und fühlen sich mit den Herausforderungen oft allein gelassen. Dies erklärt, warum die Hälfte der Unternehmen hier angibt, dass eine Priorität der EU der Schutz vor digitalen und analogen Angriffen sein sollte (52 Prozent). Unternehmen begreifen zunehmend die Bedeutung der Widerstandsfähigkeit gegen Cyberangriffe und engagieren sich für ihre Cybersicherheit – durch strategische, organisatorische und technische Maßnahmen.

² Vgl. [DIHK-Digitalisierungsumfrage 2023](#)

Priorität 4: Fachkräftesicherung

Gut und praxisnah ausgebildete Fachkräfte sind ein Schlüsselement für die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und der gesamten EU. Dringenden Handlungsbedarf auf europäischer Ebene hierzu sehen die Hälfte der Unternehmen (51 Prozent). Besonders Betriebe im Baugewerbe leiden überdurchschnittlich unter Personalengpässen und sehen mit 58 Prozent noch häufiger eine Priorität der EU bei der Fachkräftesicherung.

Priorität 5: Wettbewerbsfähigkeit stärken

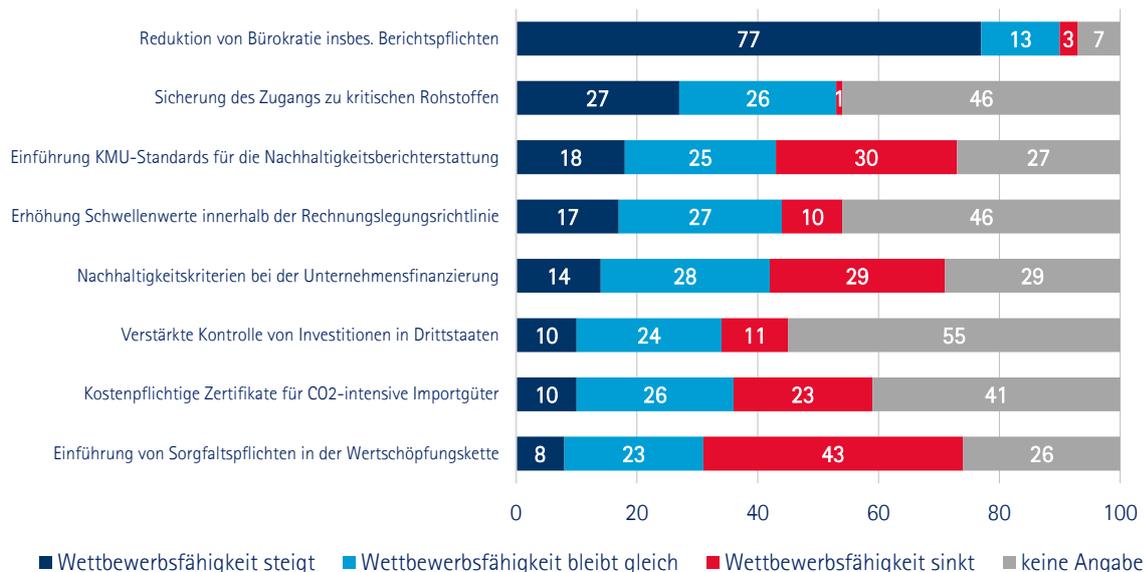
Knapp die Hälfte der befragten Unternehmen (49 Prozent) sehen die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der EU als Priorität an. Das entspricht dem o.g. Ergebnis, dass eine Mehrheit der Unternehmen eine Abnahme der Attraktivität der EU als Wirtschaftsstandort wahrnimmt. Eine Agenda zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit in ihrer Breite sieht daher jedes zweite Unternehmen als dringlich an.

Insgesamt sieht mindestens die Hälfte der Unternehmen die o.g. Themen als Priorität an. Alle weiteren abgefragten Themen sind nach Einschätzung der Unternehmen weniger dringlich. Den gezielten **sektorspezifischen Ausbau von Zukunftsindustrien** sieht nur rund ein Drittel der Unternehmen als Priorität für die EU (34 Prozent). Die **Vollendung des europäischen Kapitalmarkts** steht am Ende der Prioritätenliste und wird nur von gut jedem zehnten Unternehmen als dringlich eingestuft (11 Prozent).

Bewertung der Auswirkung von EU-Initiativen

In der noch aktuellen Legislaturperiode des Europäischen Parlaments wurden eine Reihe von Maßnahmen in den Blick genommen oder bereits auf den Weg gebracht, die auch das Alltagsgeschäft von Unternehmen betreffen. Gerade mit Blick auf die Wirtschaft ist die Frage bedeutsam, wie sich die Maßnahmen auf die Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe auswirken. Dazu wurden die Unternehmen zu einzelnen, teils sehr konkreten Vorhaben der EU befragt, ob sie ihre Wettbewerbsfähigkeit erhöhen oder senken.

Wie wird bzw. würde sich die Umsetzung folgender EU-Initiativen auf die Wettbewerbsfähigkeit ihres Unternehmens auswirken? (Angaben in Prozent)



Insgesamt fällt das Ergebnis ernüchternd aus: Viele der abgefragten Maßnahmen wirken nach Einschätzung der Betriebe überwiegend schädlich auf ihre Wettbewerbsfähigkeit. Hinzu kommt, dass bei den meisten Maßnahmen ein erheblicher Anteil der Betriebe keine Einschätzung abgeben kann oder will. Das weist darauf hin, dass viele Vorhaben zu weit vom unternehmerischen Alltagsgeschäft entfernt sind.

Am eindeutig positivsten für die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen wird die **Reduktion von Bürokratie, insbesondere Berichtspflichten** eingeordnet. 77 Prozent der befragten Unternehmen schätzen ein, dass bei solchen Maßnahmen die Wettbewerbsfähigkeit steigt, nur drei Prozent erwarten dadurch eine Minderung. Lediglich sieben Prozent machten hier keine Angabe.

Ein weiteres Vorhaben, das von den Unternehmen eindeutig als förderlich für die Wettbewerbsfähigkeit eingeschätzt wird, ist die **Sicherung des Zugangs zu kritischen Rohstoffen**. Für mehr als ein Viertel der Unternehmen (27 Prozent) wäre das wettbewerbsfähigkeitssteigernd. Lediglich ein Prozent erwartet negative Auswirkungen. In der Industrie, wo im besonderen Maße unmittelbare Abhängigkeiten von kritischen Rohstoffen bestehen, gehen sogar 44 Prozent von einer Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit aus.

„Die EU sollte nicht überregulieren. Damit verliert sie Zuspruch und verfehlt Ihren Zweck. Es wird Bürokratieabbau versprochen und im Gegenzug ein Lieferkettengesetz, Klimabilanz auch für KMU etc. auf den Weg gebracht. Es sollten in der EU, wie auch in Deutschland wieder mehr Menschen arbeiten (einen Mehrwert schaffen) und sich nicht ständig überlegen, wie die Arbeitenden noch weiter reguliert werden können und somit von der Arbeit abgehalten werden!“

(Freitextantwort eines Unternehmens)

Bei allen weiteren abgefragten Maßnahmen fällt die positive Bewertung nicht mehr so deutlich aus wie bei den beiden vorangegangenen Vorhaben oder sehen die Betriebe sogar überwiegend eine Hemmnis für die eigene Wettbewerbsfähigkeit. Bis auf das Thema Erhöhung der Schwellenwerte innerhalb der Rechnungslegungsrichtlinie, überwiegen die negativen Einschätzungen. Auffällig ist auch, dass zwischen einem Viertel und der Hälfte der Unternehmen gar keine

Einschätzung abgeben können oder wollen, z.B. weil sie nicht betroffen sind oder schlicht nicht mehr in der Lage sind, aufgrund der Komplexität die Auswirkungen auf ihren Betrieb zu überblicken:

- Während 18 Prozent der Unternehmen die Einführung von **KMU-Standards für die Nachhaltigkeitsberichterstattung** als für ihre Wettbewerbsfähigkeit förderlich einstufen, sind 30 Prozent der Befragten der Ansicht, dass die Wettbewerbsfähigkeit ihres Unternehmens dadurch sinken wird.
- Die voraussichtlich in Kürze in Deutschland in Kraft tretende **Erhöhung der Schwellenwerte aus der EU-Rechnungslegungsrichtlinie** wird von 17 Prozent der Unternehmer und Unternehmerinnen als positiv für Wettbewerbsfähigkeitssteigerung bewertet. Bei den Unternehmen mit 250-999 Mitarbeitenden sind sogar ein Viertel davon überzeugt, dass die Wettbewerbsfähigkeit dadurch gesteigert werden kann (25 Prozent). Hingegen geht jedes zehnte Unternehmen davon, dass die Erhöhung der Schwellenwerte die Wettbewerbsfähigkeit verringert (zehn Prozent), ein Viertel sieht keine Auswirkungen und 46 Prozent der Befragten machen keine Angabe.
- 29 Prozent der Unternehmen empfinden **Nachhaltigkeitskriterien bei der Unternehmensfinanzierung** als wettbewerbsfähigkeitshemmend. Bei Unternehmen aus der Industrie erhöht sich der Wert auf 36 Prozent.
- Kein klares Bild ergibt sich bei der Einschätzung der Unternehmen zur geplanten verstärkten **Kontrolle von Investitionen in Drittstaaten** durch die EU – hierzu konnten über die Hälfte der befragten Unternehmen (55 Prozent) keine Angabe machen, die Erwartungen von positiven und negativen Effekten halten sich mit zehn bzw. elf Prozent ungefähr die Waage.
- Beim Thema **kostenpflichtige Zertifikate für CO2-intensive Importgüter** gehen 23 Prozent der Unternehmen davon aus, dass die Wettbewerbsfähigkeit sinken wird. Zehn Prozent der Befragten sind jedoch der Ansicht, dass Europas Wettbewerbsfähigkeit durch die EU-Initiative steigen wird. 41 Prozent konnten hierzu keine Angabe machen.
- Überwiegend negativ für ihre Wettbewerbsfähigkeit bewerten die Unternehmen die EU-Initiative zur **Einführung von Sorgfaltspflichten in der Wertschöpfungskette**. 43 Prozent der Unternehmen geben an, dass ihr Unternehmen dadurch an Wettbewerbsfähigkeit verlieren wird. Bei der Industriebranche sind es ganze 58 Prozent, also mehr als die Hälfte der Befragten.

Statistischer Anhang

Zieht Ihr Unternehmen Nutzen aus einem der folgenden Aspekte der europäischen Integration?

Angaben in Prozent

	Antwort	nicht betroffen	ja, großer Nutzen	ja, geringer Nutzen	nein, kein Nutzen
Alle Branchen	Politische Stabilität	10	58	24	8
	Zugang zu europäischen Märkten	24	41	25	10
	Einheitliche EU-Normen und Standards	18	38	30	14
	Gemeinsamer Währungsraum, Wegfall von Wechselkursrisiken	16	55	21	8
	Weniger Wettbewerbsverzerrungen	19	33	31	17
	Gemeinsame Handelspolitik	27	33	24	16
	Zugang zu europaweiten Finanzierungsmöglichkeiten	39	12	19	30
	Zugang zu EU-Förderprogrammen	23	19	35	23
Fachkräftegewinnung aus anderen EU-Mitgliedstaaten	18	26	35	21	
Industrie	Politische Stabilität	4	71	20	5
	Zugang zu europäischen Märkten	5	71	20	4
	Einheitliche EU-Normen und Standards	4	59	29	8
	Gemeinsamer Währungsraum, Wegfall von Wechselkursrisiken	4	78	15	3
	Weniger Wettbewerbsverzerrungen	5	48	36	11
	Gemeinsame Handelspolitik	9	57	24	10
	Zugang zu europaweiten Finanzierungsmöglichkeiten	26	13	26	35
	Zugang zu EU-Förderprogrammen	14	22	41	23
Fachkräftegewinnung aus anderen EU-Mitgliedstaaten	8	25	43	24	
Baugewerbe	Politische Stabilität	17	43	29	11
	Zugang zu europäischen Märkten	35	21	27	17
	Einheitliche EU-Normen und Standards	17	29	29	25
	Gemeinsamer Währungsraum, Wegfall von Wechselkursrisiken	21	34	28	17
	Weniger Wettbewerbsverzerrungen	24	26	26	24
	Gemeinsame Handelspolitik	35	17	24	24
	Zugang zu europaweiten Finanzierungsmöglichkeiten	39	13	17	31
	Zugang zu EU-Förderprogrammen	28	18	27	27
Fachkräftegewinnung aus anderen EU-Mitgliedstaaten	12	39	34	15	
Handel	Politische Stabilität	11	51	27	11
	Zugang zu europäischen Märkten	26	40	25	9
	Einheitliche EU-Normen und Standards	20	34	33	13
	Gemeinsamer Währungsraum, Wegfall von Wechselkursrisiken	17	52	24	7
	Weniger Wettbewerbsverzerrungen	22	27	34	17
	Gemeinsame Handelspolitik	28	33	25	14
	Zugang zu europaweiten Finanzierungsmöglichkeiten	48	9	13	30
	Zugang zu EU-Förderprogrammen	36	11	27	26
Fachkräftegewinnung aus anderen EU-Mitgliedstaaten	27	18	33	22	
Dienstleistungen	Politische Stabilität	12	55	24	9
	Zugang zu europäischen Märkten	30	30	28	12
	Einheitliche EU-Normen und Standards	23	30	30	17
	Gemeinsamer Währungsraum, Wegfall von Wechselkursrisiken	20	47	23	10
	Weniger Wettbewerbsverzerrungen	25	28	29	18
	Gemeinsame Handelspolitik	36	23	23	18
	Zugang zu europaweiten Finanzierungsmöglichkeiten	41	12	18	29
	Zugang zu EU-Förderprogrammen	24	20	34	22
Fachkräftegewinnung aus anderen EU-Mitgliedstaaten	19	28	33	20	

Wie wird bzw. würde sich die Umsetzung folgender EU-Initiativen auf die Wettbewerbsfähigkeit ihres Unternehmens auswirken?

Angaben in Prozent

	Antwort	keine Angabe	Wettbewerbsfähigkeit steigt	Wettbewerbsfähigkeit bleibt gleich	Wettbewerbsfähigkeit sinkt
Alle Branchen	Kostenpflichtige Zertifikate für CO2-intensive Importgüter	41	10	26	23
	Reduktion von Bürokratie insbes. Berichtspflichten	7	77	13	3
	Einführung von Nachhaltigkeitskriterien bei der Unternehmensfinanzierung	29	14	28	29
	Einführung eines KMU-Standards für die Nachhaltigkeitsberichterstattung	27	18	25	30
	Sicherung des Zugangs zu kritischen Rohstoffen	46	27	26	1
	Verstärkte Kontrolle von Investitionen in Drittstaaten	55	10	24	11
	Einführung von Sorgfaltspflichten in Bezug auf die eigene Geschäftstätigkeit und die Wertschöpfungskette	26	8	23	43
Erhöhung der Schwellenwerte innerhalb der Rechnungslegungsrichtlinie	46	17	27	10	
Industrie	Kostenpflichtige Zertifikate für CO2-intensive Importgüter	22	17	26	35
	Reduktion von Bürokratie insbes. Berichtspflichten	3	86	9	2
	Einführung von Nachhaltigkeitskriterien bei der Unternehmensfinanzierung	20	14	30	36
	Einführung eines KMU-Standards für die Nachhaltigkeitsberichterstattung	24	15	28	33
	Sicherung des Zugangs zu kritischen Rohstoffen	25	44	31	0
	Verstärkte Kontrolle von Investitionen in Drittstaaten	42	12	28	18
	Einführung von Sorgfaltspflichten in Bezug auf die eigene Geschäftstätigkeit und die Wertschöpfungskette	14	7	21	58
Erhöhung der Schwellenwerte innerhalb der Rechnungslegungsrichtlinie	40	17	30	13	
Baugewerbe	Kostenpflichtige Zertifikate für CO2-intensive Importgüter	44	10	27	19
	Reduktion von Bürokratie insbes. Berichtspflichten	12	75	10	3
	Einführung von Nachhaltigkeitskriterien bei der Unternehmensfinanzierung	29	20	23	28
	Einführung eines KMU-Standards für die Nachhaltigkeitsberichterstattung	25	18	26	31
	Sicherung des Zugangs zu kritischen Rohstoffen	40	35	23	2
	Verstärkte Kontrolle von Investitionen in Drittstaaten	65	12	18	5
	Einführung von Sorgfaltspflichten in Bezug auf die eigene Geschäftstätigkeit und die Wertschöpfungskette	34	10	15	41
Erhöhung der Schwellenwerte innerhalb der Rechnungslegungsrichtlinie	54	20	20	6	
Handel	Kostenpflichtige Zertifikate für CO2-intensive Importgüter	47	7	19	27
	Reduktion von Bürokratie insbes. Berichtspflichten	12	75	10	3
	Einführung von Nachhaltigkeitskriterien bei der Unternehmensfinanzierung	40	10	23	27
	Einführung eines KMU-Standards für die Nachhaltigkeitsberichterstattung	36	14	20	30
	Sicherung des Zugangs zu kritischen Rohstoffen	57	19	23	1
	Verstärkte Kontrolle von Investitionen in Drittstaaten	64	9	19	8
	Einführung von Sorgfaltspflichten in Bezug auf die eigene Geschäftstätigkeit und die Wertschöpfungskette	31	7	19	43
Erhöhung der Schwellenwerte innerhalb der Rechnungslegungsrichtlinie	53	14	22	11	
Dienstleistungen	Kostenpflichtige Zertifikate für CO2-intensive Importgüter	48	7	28	17
	Reduktion von Bürokratie insbes. Berichtspflichten	8	73	16	3
	Einführung von Nachhaltigkeitskriterien bei der Unternehmensfinanzierung	30	15	29	26
	Einführung eines KMU-Standards für die Nachhaltigkeitsberichterstattung	29	20	24	27
	Sicherung des Zugangs zu kritischen Rohstoffen	54	20	25	1
	Verstärkte Kontrolle von Investitionen in Drittstaaten	58	10	23	9
	Einführung von Sorgfaltspflichten in Bezug auf die eigene Geschäftstätigkeit und die Wertschöpfungskette	28	9	26	37
Erhöhung der Schwellenwerte innerhalb der Rechnungslegungsrichtlinie	46	18	27	9	

Welche wirtschaftspolitischen Themen sollten auf EU-Ebene nach der Wahl prioritär angegangen werden?

Angaben in Prozent, Mehrfachauswahl möglich

	Alle Branchen	Industrie	Baugewerbe	Handel	Dienstleistungen
Wettbewerbsfähigkeit stärken	49	62	33	48	45
Bürokratie abbauen	95	95	97	95	95
Hürden im Binnenmarkt abbauen	27	31	29	31	23
Rechtsrahmen für Zukunftstechnologien verbessern	28	25	25	20	32
Klimaschutz international voranbringen	26	24	19	29	27
Klimaschutzgesetzgebung in den EU-Mitgliedstaaten voranbringen	17	14	15	16	18
Hürden im Handel mit Drittstaaten abbauen	25	41	14	28	17
Schutz der Unternehmen vor digitalen und analogen Angriffen	52	46	53	60	53
Zukunftsindustrien strategisch aufbauen	34	35	28	25	36
Fachkräftesicherung	51	47	60	46	53
Europäischen Kapitalmarkt vollenden	11	9	13	8	12
Energieversorgung sicherstellen	68	76	75	67	63

Wie hat sich die Attraktivität der EU als Unternehmensstandort in den letzten fünf Jahren entwickelt?

Angaben in Prozent

	Alle Branchen	Industrie	Baugewerbe	Handel	Dienstleistungen
gestiegen	3	5	6	6	8
gleich geblieben	26	26	26	24	27
gesunken	56	66	58	55	52
keine Angabe	11	3	10	15	13

Fragebogen

1. Zieht Ihr Unternehmen Nutzen aus einem der folgenden Aspekte der europäischen Integration?

(1 = nicht betroffen, 2 = ja, großer Nutzen; 3 = ja, geringer Nutzen; 4 = nein, kein Nutzen)

- Politische Stabilität
- Zugang zu europäischen Märkten
- Einheitliche EU-Normen und Standards (z.B. Industriestandards)
- Gemeinsamer Währungsraum, Wegfall von Wechselkursrisiken
- Weniger Wettbewerbsverzerrungen durch Angleichungen der nationalen Rechtsrahmen
- Gemeinsame Handelspolitik: Marktzugang zu Drittländern und EU-Freihandelsabkommen, Zollunion
- Zugang zu europaweiten Finanzierungsmöglichkeiten
- Zugang zu EU-Förderprogrammen
- Fachkräftegewinnung aus anderen EU-Mitgliedstaaten

2. Welche wirtschaftspolitischen Themen sollten auf EU-Ebene nach der Wahl prioritär angegangen werden?

(Mehrfachauswahl möglich)

- Wettbewerbsfähigkeit stärken
- Bürokratie abbauen
- Hürden im Binnenmarkt abbauen
- Rechtsrahmen für Zukunftstechnologien verbessern
- Klimaschutz international voranbringen
- Klimaschutzgesetzgebung in den EU-Mitgliedstaaten voranbringen
- Hürden im Handel mit Drittstaaten abbauen (z.B. neue Handelsabkommen)
- Schutz der Unternehmen vor digitalen und analogen Angriffen
- Zukunftsindustrien strategisch aufbauen
- Fachkräftesicherung
- Europäischen Kapitalmarkt vollenden
- Energieversorgung sicherstellen

3. Wie wird bzw. würde sich die Umsetzung folgender EU-Initiativen auf die Wettbewerbsfähigkeit ihres Unternehmens auswirken?

(1 = keine Angabe, 2 = Wettbewerbsfähigkeit steigt, 3 = Wettbewerbsfähigkeit bleibt gleich, 4 = Wettbewerbsfähigkeit sinkt)

- Kostenpflichtige Zertifikate für CO₂-intensive Importgüter (CO₂-Grenzausgleich CBAM)
- Reduktion von Bürokratie insbes. Berichtspflichten
- Einführung von Nachhaltigkeitskriterien bei der Unternehmensfinanzierung (Taxonomie)
- Einführung eines KMU-Standards für die Nachhaltigkeitsberichterstattung
- Sicherung des Zugangs zu kritischen Rohstoffen
- Verstärkte Kontrolle von Investitionen in Drittstaaten
- Einführung von Sorgfaltspflichten in Bezug auf die eigene Geschäftstätigkeit und die Wertschöpfungskette
- Erhöhung der Schwellenwerte innerhalb der Rechnungslegungsrichtlinie

4. Wie hat sich die Attraktivität der EU als Unternehmensstandort in den letzten fünf Jahren entwickelt?

1 = gestiegen, 2 = gleichgeblieben, 3 = gesunken, 4 = keine Angabe

5. Welche zusätzlichen Themen sollte die EU dringend angehen?

Freitext

Methodik

Unter dem Titel „Wirtschaft wieder stark machen“ stellt die DIHK die Auswertung der Ergebnisse einer Online-Umfrage vor, an der sich das unternehmerische Ehrenamt der IHK-Organisation beteiligt hat.

Grundlage der Auswertung sind Antworten von knapp 3.000 Unternehmen aus den Vollversammlungen der IHKs und den Fachausschüssen der DIHK.

Diese verteilen sich auf die Wirtschaftszweige Industrie (30 Prozent), Bauwirtschaft (fünf Prozent), Handel (17 Prozent) sowie Dienstleistungen (48 Prozent).

Darunter sind 59 Prozent der Unternehmen international aktiv. In der Industrie sind es 90 Prozent, im Baugewerbe 32 Prozent, im Handel 52 Prozent, bei den Dienstleistern sind es 50 Prozent.

Die Umfrage fand vom 19. bis 27. Februar 2024 statt.